

Tagung in Loccum

Politik und Verwaltung für mehr Bürger(innen)beteiligung gewinnen

»Es gibt zu wenig ›echte‹ Möglichkeiten der Mitgestaltung von gemeindlichen Prozessen. Resultat dieses Mangels an Beteiligung sind enttäuschte Erwartungen und eine daraus resultierende ›Ohne-mich-Haltung‹. Der Bürger zieht sich zurück. Hierin liegt nicht zuletzt eine Gefahr für die Stabilität von Demokratie in unserem Land.«

Mit deutlichen Worten plädiert Dr. Yvonne Kempen, Bürgermeisterin der Stadt Meckenheim (Rheinland), für ein anderes Selbstverständnis von Politik und für mehr Bürger(innen)beteiligung. »Ziel ist nicht die Abschaffung der repräsentativen Demokratie – eine Entmachtung der Politik. Nein, Ziel ist die Erweiterung der mittelbaren Demokratie um Elemente der direkten Demokratie. Wo gemeinsam an der Lösung von Problemen gearbeitet wird, lernen alle Beteiligte, mit gegensätzlichen Meinungen und Interessenkonflikten umzugehen. Das ist gelebte Demokratie.«

Den Worten hat sie längst schon Taten folgen lassen. Unter dem Motto »Einmischen erwünscht« werden seit ihrem Amtsantritt vor vier Jahren in der 26 000-Einwohnerstadt mit großem Erfolg neue Wege der Bürgerbeteiligung beschritten, die auch überregional Beachtung gefunden haben. Dazu gehören u.a. Planungszellen, Bürgerforen in den Stadtteilen, Zukunftswerkstätten und Bürgerprojektgruppen. Langwierige Konflikte konnten im breiten Konsens gelöst werden, viele neue Ideen und Anregungen aus der Bürgerschaft flossen in Entscheidungen ein, und die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit

ihrer Stadt ist merklich gewachsen. Beim Abschlusspanel der diesjährigen Tagung »Modelle der lokalen Bürger(innen)beteiligung« in Loccum diskutierte Yvonne Kempen mit dem Gütersloher Beigeordneten Ansgar Wimmer darüber, wie Politik und Verwaltung für mehr Bürger(innen)beteiligung gewonnen werden können. Wimmer war vor

seiner jetzigen Tätigkeit Leiter des Projektes »Bürgerorientierte Kommune« (CIVITAS) bei der Bertelsmann-Stiftung. Vieles aus dieser Zeit ist in die neue Tätigkeit eingeflossen. Beispiele: die Erstellung eines Beteiligungsberichtes, die Durchführung einer Bürgermeile, die Einrichtung eines Jugendparlamentes sowie neue Formen lokaler Anerkennungskultur für das bürgerschaftliche Engagement. Es gab aber auch Rückschläge, wie Wimmer freimütig einräumt. Trotzdem lautet sein Fazit: »Eine stärkere Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an ihren eigenen Belangen ist alternativlos.«

(Fortsetzung auf Seite 2)



»Eine stärkere Beteiligung von Bürger/innen an ihren eigenen Belangen ist alternativlos.« Ansgar Wimmer (Beigeordneter der Stadt Gütersloh) beim Abschlusspanel mit Dr. Yvonne Kempen (Bürgermeisterin der Stadt Meckenheim/Rheinland)

Foto: Marion Gutberlet/M. Stiftung MITARBEIT

(Fortsetzung von Seite 1)

Politik und ...

Kempen und Wimmer waren sich darin einig, daß die Entwicklung von mehr Bürgerorientierung ein Prozess ist, der Geduld und einen langen Atem braucht. Erfolgreiche Praxiserfahrungen und -beispiele sind ganz wichtige Argumentationshilfen bei der erforderlichen Überzeugungsarbeit in Politik und Verwaltung. Notwendig ist aber auch ein politischer Grundkonsens zwischen den Parteien der Stadtpolitik sowie zwischen Stadtpolitik und Verwaltung über den Stellenwert, den bürgerorientiertes Handeln besitzt. Wimmer: »Nur wenn Bürgerbeteiligung und die Förderung bürgerschaftlichen Engagements nicht zu einem Spielball politischer Interessen in der Kommune werden, kann das Vorhaben einer stärkeren demokratischen Teilhabe für Bürgerinnen und Bürger vor Ort Gestalt gewinnen.«

Was passieren kann, wenn dieser Grundkonsens fehlt und ein eigentlich erfolgreich verlaufenes Mediationsverfahren (100% Zustimmung aller Beteiligten zum Mediationsergebnis) in die Mühlen eines Kommunalwahlkampfes gerät, hatte Tags zuvor der Nürnberger Stadtplaner und Moderator Reinhard Sellnow an einem Fallbeispiel aus einer anderen Kommune geschildert. Gemeinsam mit den Teilnehmenden diskutierte Sellnow, der zu den erfahrensten Mediatoren in Deutschland gehört, über Möglichkeiten, solche externen Einflüsse auszuschalten oder wenigstens gering zu halten.

Die nun bereits zum achten Mal durchgeführte Tagung in Loccum bot wieder ein breites Forum des Austauschs und der Vernetzung für an Fragen der Bürger(innen)beteiligung Interessierte aus dem ganzen Bundesgebiet. Zu weiteren Schwerpunktthemen gehörten diesmal »Bürgerhaushalt«, »Bürgerpanels«, »Gemeinsinn-Werkstatt« und »Die Kunst, sich nicht über den Runden Tisch ziehen zu lassen«.

Thesepapiere zu einzelnen Beiträgen können in der Geschäftsstelle bestellt werden. Die Tagung »Modelle der lokalen Bürger(innen)beteiligung« findet im nächsten Jahr vom 10. bis 12. September 2004 wieder in Loccum statt.

Neuerscheinung

Sich nicht über den Runden Tisch ziehen lassen

In den letzten Jahren haben neue Bürgerbeteiligungsverfahren wie Runde Tische, Mediation oder Zukunftskonferenzen an Bedeutung gewonnen. Ihr Ziel ist es, alle Interessengruppen und Konfliktparteien an einen Tisch zu bringen, um gemeinsame Lösungswege zu suchen. Vielfach werden einvernehmliche und von breiten Mehrheiten getragene gesellschaftliche Lösungen gefunden. Aber nicht immer bieten die Beteiligungsverfahren allen betroffenen Interessengruppen faire Einflusschancen. Ein neuer Ratgeber wendet sich an Bürgerinitiativen, die an einem Beteiligungsverfahren mitarbeiten oder eine Mitarbeit überlegen.

Die Arbeitshilfe gibt praxisnahe Hinweise, wie den Risiken der politischen Vereinbarung in Beteiligungsverfahren begegnet werden kann. Sie unterstützt Bürger(innen)initiativen darin, vorgeschlagene Beteiligungsverfahren zu bewerten und Bedingungen einer erfolgreichen Beteiligung einzufordern. Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit eine Beteiligung sinnvoll ist? Worauf ist bei Pro-

zessgestaltung, Gesprächs- und Verhandlungsführung und Zielbestimmung zu achten? Was sind alternative Strategien?

Fischer, Corinna/
Schophaus, Malte/Trénel,
Matthias/Wallentin,
Annette: Die Kunst, sich nicht über den Runden Tisch ziehen zu lassen. Ein Leitfaden für BürgerInneninitiativen in Beteiligungsverfahren. Arbeitshilfen Nr. 28, Verlag Stiftung MITARBEIT, Bonn 2003, ISBN 3-928053-81-7, € 7,-, zu beziehen über

die Bundesgeschäftsstelle oder den Buchhandel.



Foto: Nicole Stellenwerk

Corporate Citizenship war ein zentrales Thema der Jahrestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) und der Stiftung MITARBEIT. Vier Praxisbeispiele stellten sich vor (v.l.n.r.): Heinz Janning (zeitweise, Freiwilligen-Agentur Bremen), Anneke Bittermann (FreiwilligenZentrum, Kassel), Thomas Wettermann (LAG Pro Ehrenamt Saarland e.V.), Ulla Eberhard (Kölner Freiwilligen Agentur). Im Bild rechts Moderator Holger Backhaus-Maul (Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg)

Demokratieentwicklung von unten

Aktivierende Befragung

Die Bürgerinnen und Bürger eines Wohngebiets oder Stadtteils werden nach ihren Meinungen und Einstellungen befragt und gleichzeitig dazu angeregt und ermutigt, aktiv zu werden, für ihre Interessen einzutreten und bei der Lösung von Problemen im Gemeinwesen mitzuhelfen. So lässt sich das Grundprinzip einer aktivierenden Befragung zusammenfassen.

Die Methode hat eine lange Tradition in der Gemeinwesenarbeit und wird vor allem in Stadtteilen mit großem Problemlösungsbedarf angewandt. Sie beginnt mit einer so genannte Voruntersuchung. Diese dient dazu, das räumliche Gebiet festzulegen, in der die Befragung durchgeführt werden soll, und es näher kennen zu lernen. Typische Bestandteile sind Gespräche mit Schlüsselpersonen und Multiplikator(inn)en, Kontakte zu Bewohner(innen), Auswertung vorhandener Materialien, aber auch ganz allgemeine Beobachtungen des Lebensalltags (Wo treffen sich die Leute? Wo gibt es erkennbare Probleme?).

Die eigentliche Hauptbefragung findet mündlich und persönlich statt. Sie wird vorher angekündigt. Anders als bei der standardisierten Meinungsumfrage mit vorgege-

benen Antwortkategorien sind die Fragen offen. Nur so kann es gelingen, die echten Probleme und Sorge der Befragten zu erfahren.

Grundlage bildet ein Interviewleitfaden, der Spielräume für Nach- und Verständnisfragen läßt, z.B. »Warum ist das so?«, »Wie kommt das?« und den Befragten die Möglichkeit gibt, von sich aus Probleme anzusprechen, die ihnen auf der Seele liegen. Bei allen benannten Problemen wird nach eigenen Lösungsideen oder Verbesserungsvorschlägen gefragt. Ebenso wird die potentielle Bereitschaft zur Mitwirkung an deren Umsetzung und zur Zusammenarbeit mit anderen Interessierten erkundet.

Die Initiator(inn)en werten die Ergebnisse der Befragung aus und laden zu einer Bewohnerversammlung ein, um die Ergebnisse vorzustellen und zu besprechen. Damit

Aktivierungseffekte nicht verloren gehen, soll die Versammlung zeitnah (max. 4 Wochen) nach der Befragung erfolgen. Der Tagungsort sollte für möglichst alle Bevölkerungsgruppen gut erreichbar sein. Zentrales Ziel der Versammlung ist es, zu gemeinsamen Handlungsschritten zu kommen. Für ihre Umsetzung werden Aktionsgruppen gebildet. Wichtig ist, daß sich dann auch bald etwas tut und erste Resultate sichtbar werden.

Aktivierende Befragungen sind keine kurzfristigen Aktionen, sondern der Beginn eines längerfristigen Prozesses. Sie brauchen gute Vorbereitung sowie qualifizierte Begleitung und Nachbereitung. Sind die Rahmenbedingungen gegeben, können aktivierende Befragungen einen wichtigen Beitrag zur Demokratieentwicklung von unten leisten, weil sie sich vor allem an jene Gruppen richten, die bei anderen Beteiligungsprozessen zu kurz kommen oder nicht beachtet werden.

Literatur: Lüttringhaus, Maria/Richers, Hille: Handbuch Aktivierende Befragung. Konzept, Erfahrungen, Tipps für die Praxis. Arbeitshilfen Nr. 27, Verlag Stiftung MITARBEIT, Bonn 2003, 244 S., ISBN 3-928053-82-5, € 10,-, erscheint Mitte November

Deutschland liest vor e.V.

Abenteuer Vorlesen

Junge Zuhörende an Bücher und ans Lesen heranzuführen, ist das Ziel der Kampagne »Deutschland liest vor«, die Mitte September in Berlin gegründet wurde.

Das Vorbild für die Vorlese-Initiative heißt »Beginning with Books« und kommt aus Pittsburgh, Pennsylvania. Die Sozialarbeiterin Carmen Stürzel hat das Konzept in den USA kennen gelernt. Ermutigt durch einen Hauptpreis im Transatlantischen Ideenwettbewerb USable der Körber-Stiftung im Jahr 2000 gründete sie in Berlin das Projekt *Lesewelt*.

Die Zahlen sind beeindruckend: Die Vorleserinnen und Vorleser leisten weit über 1000 ehrenamtliche Stunden pro Jahr und rund 2500 Kinder kommen, um den Geschich-

ten zuzuhören. So vielfältig und bunt wie die Stadtteile Berlins ist auch die Zuhörerschaft: In Kreuzberg sind es vornehmlich türkische Kinder, in Hellersdorf kommen viele Russen zu den Vorlesenachmittagen. Die Erfahrung zeigt, dass gerade auch Kinder aus eher weniger bildungsinteressierten Gruppen erreicht werden.

In mehreren Deutschen Städten haben sich bereits engagierte

Bürger gefunden, die nach dem Modell von »Lesewelt e.V.« vorlesen wollen. Mit der neuen Kampagne sollen diese Initiativen weitere Nachahmer finden.

Wie man konkret eine eigene Vorlese-Initiative aufbauen kann, das ist nachzulesen in einem Buch, das von der Körber-Stiftung herausgegeben wird: »Abenteuer Vorlesen. Ein Wegweiser für Initiativen«. Das Buch basiert auf den ermutigenden Erfah-

rungen von »Lesewelt« und liefert Informationen und Empfehlungen von Lese-Experten rund um das Vorlesen.

Kontakt: Geschäftsführung »Deutschland liest vor«, Carmen Stürzel, Schulstraße 99, 13347 Berlin, Tel. (0 30) 45 08 14 41, Fax: (0 30) 45 08 14 42, E-Mail: info@deutschland-liest-vor.de, Internet: www.deutschland-liest-vor.de, www.lesewelt.org



Neuerscheinung

Geschlechterdemokratische Beteiligung

»Männer und Frauen sind gleichberechtigt« heißt es in Artikel 3 des Grundgesetzes. Zwischen Verfassungsnorm und ihrer Umsetzung in der gesellschaftlichen Realität klafft aber immer noch eine große Lücke. Dies gilt auch für politische Planungs- und Entscheidungsverfahren. Eine neue Publikation geht der Frage nach, wie Chancengleichheit von Frauen und Männern in Beteiligungsprozessen entwickelt und gefördert werden kann.

Der geschlechterdemokratische Ansatz steht für eine grundsätzliche Erweiterung des Demokratiebegriffs. Es geht um eine bewußten Wahrnehmung, Einbeziehung und Repräsentation unterschiedlicher Problemperspektiven. Geschlechterdemokratie meint die Gleichberechtigung aller Lebensentwürfe jenseits körperlicher und soziokultureller Unterschiede.

Die Autorin macht konkrete Vorschläge für eine stärkere Realisierung geschlechterdemokratischer Beteiligung und

entwickelt Anforderungen und Voraussetzungen für ihre Initiierung und Implementierung. Deutlich wird, dass die geschlechterdemokratische Beteiligung eine wertvolle Ressource für bedürfnisorientierte Sozialplanung sein kann.

Feuerbach, Susanne: *Geschlechterdemokratische Beteiligung im Rahmen kommunaler Sozialplanung. Beiträge Nr. 19, Verlag Stiftung MITARBEIT, Bonn 2003, 280 S., ISBN 3-928053-80-9, €*

9,-, zu beziehen über die Bundesgeschäftsstelle oder den Buchhandel.



Lokale Demokratiebilanz

Ziel der »Lokalen Demokratiebilanz« ist es, in Form einer Selbstevaluation regelmäßig den erreichten Grad der Bürger(innen)orientierung zu prüfen und ggf. Verbesserungen vorzunehmen. Projektträger ist das Netzwerk Bürgerorientierter Kommunen CIVITAS (Bertelsmann Stiftung) in Zusammenarbeit mit der Stiftung MITARBEIT. In einer neuen Broschüre werden die



ersten Erfahrungen mit dem Instrument dokumentiert. Nach dem Pilotprojekt in Viernheim (wurden inzwischen Projekte in Leipzig, Heidelberg, Solingen, Weyarn und Güstrow gestartet.

Die Broschüre »Lokale Demokratiebilanz. Kommunale Zukunft gemeinsam gestalten« kann bei der Stiftung MITARBEIT oder beim Projektbüro des Netzwerks bestellt werden (Bertelsmann Stiftung, Tel. (0 52 41) 81-81 36 3, Fax: (0 52 41) 81-81 99 2, E-Mail: alexandr.a.dordevic@bertelsmann.de).

Team-Training – Mit dem Team zum Erfolg

Wer schon Erfahrungen mit Teamarbeit gemacht hat, kann nicht selten von lang dauernden Sitzungen, von persönlichen Spannungen und unproduktiven Ergebnissen berichten. Der Weg zu einer effektiven Teamarbeit ist manchmal langwierig und Ergebnis eines oft mühsamen Entwicklungsprozesses.

Das Seminar »Team-Training« (31. Okt.–2. Nov. in Bad Honnef bei Bonn) bietet Initiativen die Möglichkeit, die Zusammenarbeit im Team zu verbessern und eine gute Team-»Performance« zu erreichen.

Nähere Informationen bei Ludwig Weitz (weitz@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Seminar

Solidarität mit Zukunft

Viele Angehörige der sogenannten Erbgeneration überlegen, einen Teil des geerbten Vermögens für soziale Zwecke zu verwenden. Die Tagung »Solidarität mit Zukunft – Stiften für einen gesellschaftlichen Wandel« (30. Januar–1. Februar 2004 in Rehburg-Loccum bei Minden) will einen Erfahrungsaustausch zwischen potentiellen Stifter(inne)n ermöglichen. Die Tagung ist eine Kooperation von *Bewegungsstiftung, Evangelischer Akademie Loccum* und Stiftung MITARBEIT.

Nähere Informationen in der Bundesgeschäftsstelle

Streitschlichterkongress 2003

Zu einem Austausch über Streitschlichterprojekte in ihren Schulen kommen Jugendliche und Lehrer(innen) aus der ganzen Republik (5.–7. Dezember 2003 in Geseke bei Paderborn) zusammen. Die Tagung wird gemeinsam durchgeführt vom Bund für soz. Verteidigung in Minden, dem Bildungswerk UMBRUCH und der Stiftung MITARBEIT.

Nähere Informationen bei Ludwig Weitz (weitz@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Impressum

mitarbeiten
Informationen der
Stiftung MITARBEIT
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion & Layout:
Hanns-Jörg Sippel

Stiftung MITARBEIT
Bornheimer Straße 37
D-53111 Bonn
Telefon (02 28) 6 04 24-0
Telefax (02 28) 6 04 24-22
E-Mail info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de
www.buergergesellschaft.de

Vorstand: Stojan Gugutschkow, Ulrike Rietz, Klaus Steinke
Vorsitzende des Stiftungsrates:
Dr. Diemut Schnetz
Geschäftsführer: Dr. Adrian Reinert